

Konferenz der Indian Business Chamber Luxembourg und des World Peace Forum

„Finanzen sorgen für nachhaltigen Frieden“

Yves Greis

„Finanzen und Frieden sind kein Widerspruch“, so die Botschaft einer Konferenz der „Indian Business Chamber Luxembourg“ und des „World Peace Forum“ in der vergangenen Woche.

Es war ein befremdlicher Titel, den die indische Handelskammer in Luxemburg ihrer Konferenz in der letzten Woche gab: „Finanzen sorgen für nachhaltigen Frieden.“ Dabei haben Finanzen und Frieden etwa so viel miteinander zu tun wie Kettensägen und der Urwald. Oder ist doch etwas dran an dieser These?

Ethymologisch haben die beiden Wörter sogar sehr viel gemeinsam, findet Christian Descoups. Descoups ist Generalsekretär der Luxemburger Börse. Denn während „Finance“ heute die Bedeutung „mit Geld umgehen“ hat, so hatte es im 18. Jahrhundert eine ganz besondere, vielleicht noblere Konnotation.

Das Wort stammt, so Descoups, vom französischen Verb „finer“. Finer, nicht zu verwechseln mit Finir, bedeutet soviel wie „einen Konflikt beenden“, erklärt Descoups, insbesondere „einen Konflikt durch eine Zahlung beenden“.

Das französische Wort „Paix“, und seine lateinische Wurzel „Pax“, der Frieden, habe indes eine ganz interessante Wortfamilie, meint Descoups. Zu ihr zählt er den Pakt, dem Akt – also den Vertrag – und das französische „payer“. Auf diese Weise findet man, folgt man den Erklärungen Descoups' vom Frieden zur Wurzel „Frieden schließen durch eine Zahlung“.

Diese Art von Frieden kennt Descoups aus seinem Tagesgeschäft, denn auch an den Börsen der Welt treffen sich Menschen mit unterschiedlichen Meinungen und Erwartungen betreffend Preis und Volumen, sprich Menschen, die sich nicht einig sind. Schlussendlich kommt es zu einer Einigung gefolgt von einer Zahlung. Doch an der Börse, so Descoups, herrschten Verhältnisse wie im Dschungel, wenn nicht ein gewisser Rahmen gesetzt werde – ein Regelwerk, das Verstöße ahnde.

Frieden – einen Rahmen stecken? Dominicus Rohde findet auch hier ein Wort. In seiner Muttersprache, dem Deutschen,



Ein Iraker sitzt vor seinem von einer Autobombe zerstörten Haus im schiitischen Shula-Bezirk von Bagdad

nennt man das Umzäunen eines Grundstückes doch auch „ein-frieden“. Rohde ist der Präsident der Schengen Peace Foundation und Gründer des World Peace Forum.

Doch Rohde bleibt nicht bei ethymologischer Spurensuche. Er ermittelt in der Politik nach dem Frieden. So gibt es laut Rohde nur noch zwei Kriegsministerien weltweit. Alle anderen Länder haben die betreffenden Stellen bereits umbenannt in Verteidigungsministerium; in zwei Ländern tragen die Amtskollegen von Jean-Marie Halsdorf sogar den Titel des Friedensministers.

Eine solch „kosmetische“ Umbenennung könne im nachhinein zu einem Umdenken führen. Rohde stützt diese These auf der Erfahrung der Deutschen mit dem Umweltministerium, das unter Bundeskanzler Helmut Kohl gegründet wurde. Das anfangs als befremdlich empfundene Ministerium ist heute ein fixer Teil einer jeden Regierung.

Doch all dies erklärt nicht, wie Finanzen heute zu mehr Frieden beitragen können. Immerhin lautete eine zentrale Botschaft Rohdes: „Finanzen bringen nachhaltigen Frieden. Dahinter steht kein Ausrufezeichen. Dahinter steht kein Fragezeichen. Es ist eine Aussage.“

Der Mann ist überzeugt davon, dass nachhaltiger Friede möglich ist. 66 Jahre friedliches Miteinander in Europa zeigten dies. „Mit Ausnahme vielleicht von Waffenherstellern, will jedes menschliche Wesen den Frieden. Und selbst diese wollen ihn in ihrer Umgebung“, so Rohde.

Sein Kollege und Mitstreiter beim World Peace Forum, Aditya Scharma, wird konkreter. Beim Umgang mit Reichtum gelte es zu entscheiden, ob man ihn für den Frieden einsetzt oder nicht. Scharma arbeitet für einen Unternehmensprüfungskonzern. Er ist durchaus mit der Finanzwelt vertraut – ein Insider.

Er ist der Ansicht, dass Regie-

rungen nicht anders können als Frieden zu halten, wenn sie sich das Recht sichern wollen, weiterhin über Geld verfügen zu können. Fühlen sich die Menschen bedroht oder unsicher hören sie auf, Geld auszugeben. Dies sei heute zu beobachten. Die Menschen merken, dass etwas nicht in Ordnung sei – die Krise – und sie schrauben ihren Konsum zurück. Ein tierischer Instinkt, wie Scharma findet.

„Gibt es keinen Frieden, dann gibt es auch kein Sicherheitsgefühl und damit keine Transaktionen“, sagt er. Nach dem elften September haben sich die USA

zum Beispiel in Kriege gestürzt, die Unsummen verschlungen haben und tausende Soldaten und noch mehr Zivilisten das Leben gekostet haben. Die Kriege haben vier Billionen US-Dollar gekostet. Gleichzeitig wird im Fernsehen dazu aufgerufen, zu spenden.

Die menschliche Natur – so scheint es – gibt Scharma Rätsel auf. Dass Menschen Gewaltfilme und Computerspiele kaufen, scheint ihn zu verblüffen. „Wir lehnen Gewalt nicht auf jedem Niveau ab“, stellt er fest. Der Indier ist ein Verfechter der Gewaltlosigkeit. Konflikte könne man auch ohne Gewalt lösen. Sein Landsmann Mahatma Gandhi etwa habe dies bewiesen.

Das Publikum der Konferenz aber ist nicht überzeugt von der „Finance brings sustainable peace These“. Begriffe wie „collateral damage“ oder „weapon of mass destruction“ fallen in Verbindung mit der Finanzwelt. Auch werde ein Einfrieren der Geschäftsbeziehungen ja oft benutzt um zu strafen, bemerkt ein

Zuhörer.

„Krieg“, so ein weiterer Einwurf „trägt dazu bei, die Ressourcen gerechter zu verteilen“. Demnach führe der Krieg zu einer Umverteilung, nach der die Ressourcen gerechter verteilt sind als vorher. „Die Reichen verlieren ihren Reichtum und er wird aufgeteilt.“ Der Zuhörer gesteht, dass er bewusst provozieren will.

Dominicus Rohde jedoch lässt in diesem Punkt nicht mit sich reden. Krieg bedeute nur Schmerz, Zerstörung und Tod für Familien und für das, wofür man arbeite. Rohde ist Optimist. Die zehn Prozent der Menschen, die über 90

Prozent der Ressourcen verfügen, hätten bereits begonnen, umzudenken. Es gelte die Waffen niederzulegen und zu teilen. Descoups kennt die Konsequenz davon, wenn nicht so gehandelt wird, ganz genau. Der demografische Wandel in Chi-

na und Indien und die damit verbundene Belastung der Rentensysteme fordere eine Solidarität über Raum und Zeit (zwischen den Generationen). Der Arabische Frühling, so Descoups, sei doch losgebrochen, weil die Jugendlichen in Nordafrika keine Arbeit hatten. Wie sollten sie sich und ihren Eltern das Leben finanzieren? „Wir brauchen Finanzen, daran führt kein Weg vorbei“, sagt er. Ohne sie breche alles zusammen.

Den Titel der Konferenz könne man denn auch umstellen: „Peace brings sustainable finance“ oder „sustainable peace brings finance“, erklärt Rohde und fasst zusammen, was der Finanzwelt ein Anreiz sein dürfte „In Friedenszeiten wird man in der Lage sein, mehr Geld zu verdienen.“

Ringen um IWF-Hilfen

Nach dem Krisengipfel in Brüssel ringen die europäischen Staaten um die Höhe der IWF-Kredite für hoch verschuldete Länder in der Eurozone.

Die EU-Staaten hatten entschieden, die IWF-Mittel um 200 Milliarden Euro aufzustocken. Die Summe müssten die Zentralbanken über neu geschöpfte Kredite liefern.

Der genaue Luxemburger Beitrag für die Aufstockung der Mittel des Internationalen Währungsfonds stand am Wochenende noch nicht fest. Er könnte sich jedoch, laut Aussagen von Jean-Claude Juncker auf mehr als eine Milliarde Euro belaufen. Insgesamt sollte die Eurozone 150 Milliarden Euro einbringen. Die Entscheidung soll in den kommenden Tagen fallen.

WIRTSCHAFT KOMPAKT

BMW und General Motors vor Zusammenarbeit

BMW und General Motors verhandeln über eine Zusammenarbeit. „Wir sprechen mit GM über verschiedene Themen bei Zukunftstechnologien“, sagte ein BMW-Sprecher am Samstag. Zu Details wollte er sich nicht äußern.

Die *WirtschaftsWoche* hatte unter Berufung auf Branchenkreise berichtet, der Autobauer solle künftig Zugang zur Brennstoffzellen-Technologie von GM erhalten und sich im Gegenzug an den Forschungskosten in diesem Bereich beteiligen.

Deutsche Börse-NYSE-Fusion: „Nicht um jeden Preis“

Deutsche-Börse-Chef Reto Francioni will die Mega-Fusion mit der New Yorker NYSE nicht um jeden Preis durchziehen.

Im Poker um die Zustimmung der EU-Kommission zu dem neun Milliarden Dollar schweren Zusammenschluss werde er keine zu harten Auflagen akzeptieren, machte Francioni in einem Interview der *Frankfurter Rundschau* und der *Berliner Zeitung* deutlich. „Grundsätzlich verläuft die rote Linie dort, wo die Fusion durch die Auflagen unattraktiv wird“, sagte der Vorstandschef.

Standard & Poor's überprüft Rating von Versicherern

Die drohende Herabstufung der meisten Euroländer durch die Ratingagentur Standard & Poor's wirkt sich auch auf die Allianz und andere Versicherungskonzerne in Europa aus. S&P kündigte am Freitagabend an, auch deren Bonitätsnoten zu prüfen.

Der Ausgang hängt demnach davon ab, ob Bewertungen der Staaten gesenkt werden. Von dem Schritt ist auch der Kreditversicherer Euler Hermes betroffen, der zur Allianz-Gruppe gehört. S&P prüft zudem unter anderen die Axa und die CNP-Gruppe aus Frankreich, die britische Aviva und die Generali aus Italien.

Sechs Punkte

Im ausgehenden letzten Jahrhundert veröffentlichte die Unesco ihr „Manifest 2000“. Darin legt sie sechs Bedingungen für eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit fest. Sie lauten: Alles Leben respektieren. Gewalt ablehnen. Mit anderen teilen. Zuhören, um zu verstehen. Den Planeten erhalten. Solidarität wieder entdecken. In seiner Rede vor Gästen der Indian Business Chamber in der letzten Woche zeigte Xavier Heude von der Firma Peers Direct Investment, wie aus diesen Punkten eine Checkliste entsteht, um Unternehmen zu bewerten. Heude ist davon überzeugt, dass Unternehmen dazu beitragen können, Frieden zu schaffen.